

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 80 38/39
Telefax: 888 848 ppbn d
Telefax: 21 08 64

Inhalt

Annemarie Renger
MdB würdigt das politi-
sche Lebenswerk von
Günter Markscheffel:
Solidarität als Ver-
pflichtung

Seite 1

Gernot Erler MdB zieht
ein erstes Resümée
des 28. Parteitages der
KPdSU: Etappensieg
auf schwankendem
Boden

Seite 2

Dokumentation:
Eckart Kuhlwein MdB
hat in einem Vortrag in
der DDR die künftigen
Aufgaben einer födera-
listischen Bildungspoli-
tik skizziert. Wir doku-
mentieren seinen Vor-
trag im Wortlaut. (Teil III
und Schluß)

Seite 3

45. Jahrgang / 132

13. Juli 1990

Solidarität als Verpflichtung Zum Tod von Günter Markscheffel

Von Annemarie Renger MdB
Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages

In seinem 82. Lebensjahr ist Günter Markscheffel vor einigen Tagen gestorben. Mit ihm verbinden sich vor allem Erinnerungen an die erste Phase des demokratischen Neuaufbaus in Deutschland, den er in "seinem Bereich", dem der freien, demokratischen Presse nach der Zeit der nationalsozialistischen Diktatur in Deutschland durch aktives Mitgestalten vielfältig mitgeprägt hatte.

Seine Devise lautete "Freiheit" - wie auch der Name der ersten, zunächst bis 1934 illegal in Berlin erscheinenden Zeitung der demokratischen Sozialisten, die dann nach dem Krieg unter gleichem Namen in Mainz erschien. Günter Markscheffel war ihr Chefredakteur.

In Rheinhessen wurde er zum Bezirksvorsitzenden der SPD gewählt und nahm von 1950 bis 1957 als Landtagsabgeordneter Einfluß auf die politische Entwicklung seines Landes.

1957 wurde er mit der verantwortlichen Leitung des "Sozialdemokratischen Pressedienstes" und "Parlamentarisch Politischen Pressedienstes" beauftragt. Er, der nie dogmatischer Ideologe einer politischen Richtung war, hat diese beiden wichtigen Presseorgane in einem freiheitlich-demokratischen Sinne geprägt, die dann auch wohl den 1969 gewählten sozialdemokratischen Bundespräsidenten Gustav Heinemann bewogen, Günter Markscheffel zu seinem persönlichen Referenten zu sich in die Villa Hammerschmidt zu holen.

Seine besondere Zuneigung galt dem Land, in dem er während der Nazizeit als Emigrant lebte: Frankreich. Gerade in den ersten Jahren nach dem Krieg hat er viel für die Verbesserung der Beziehungen zwischen Deutschen und Franzosen getan. Der Parteivorstand der SPD hatte ihn zum Verbindungsmann zur französischen Sozialistischen Partei gemacht, der SFIO, deren Vorsitzender damals Léon Blum und später Guy Mollet war.

Die Ideen, für die Sozialdemokraten immer gestritten haben, Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit, waren für Günter Markscheffel von seinem ersten Tag des politischen Engagements Verpflichtung und Auftrag zugleich.

(-/13.7.1990/st/ks)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Haussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Printed in Germany
with recycled paper
Recycling-Paper



Etappenleg auf schwankendem Boden
Gorbatschow und der bisherige Verlauf des 28. Parteitages der KPdSU

Von Gernot Erier MdB

Auf der Entscheidungsebene scheint beim 28. Parteitag der KPdSU alles nach Wunsch für Michail Gorbatschow zu laufen: Erst überstand der Präsident die erste Delegiertenwahl zum Generalsekretär der Partei mit einer sicheren Dreiviertelmehrheit (3.411 zu 1.116 Stimmen), jetzt setzte er auch in überzeugender Manier seinen Wunschstellvertreter Iwaschko gegen seinen Intimfeind Ligatschow durch (3.109 gegen 1.309 Stimmen für Iwaschko; 3.642 zu 728 Stimmen gegen Ligatschow). Was sind diese Siege wert? Ist dies der Aufbruch der Partei Gorbatschows dazu, seinem Reformkurs endlich die notwendige kompromißlose Unterstützung zu geben? Kann die Bevölkerung des Landes Perspektiven zur Lösung der immensen Probleme des Landes auf diesem Parteitag erkennen?

Leider nein. Die wichtigen Fragen, die Boris Jelzin an die 4.600 Delegierten richtete, blieben bisher unbeantwortet. Der mächtige Präsident der riesigen sowjetischen Kern-Republik RSFSR hatte sich für einen Moment quasi auf die Position eines Beobachters von außen gestellt und gefragt: Wie wichtig ist denn das, was wir hier machen, für unser Land? Gehen die Entscheidungen nicht längst weg von der Partei, hin zu den Sowjets und den immer stärker werdenden außerparlamentarischen Interessengruppen? Machen wir hier nicht eine Art Nabelschau einer Funktionärs- und Kaderkaste, die längst dabei ist, die Kontrolle über die Sowjetunion zu verlieren?

Die Entwicklung des 28. Parteitages und seiner Begleitereignisse rechtfertigt seine Fragen. Da wurde jetzt Wladimir Antonowitsch Iwaschko erster Stellvertreter Gorbatschows. Der 57jährige Bergbauingenieur, Volkswirt und Wissenschaftler kommt aus der Ukraine und gilt als loyal gegenüber dem Generalsekretär. Aber mit welchem Gepäck kommt er in seine neue Spitzenposition? Erst im Dezember 1989 hatte er den kränkelnden ultrakonservativen Schtscherbickij an der Spitze der ukrainischen KP abgelöst. Verhindern konnte er nicht, daß im Kiwer Parlament heute von 30 Prozent der Sitze eine scharfe Opposition gegen die Kommunisten geführt wird. In sechs westukrainischen Wahlbezirken verlor die KP sogar die absolute Mehrheit an Allianzen von zum Teil separatistischen Oppositionsgruppen. Vor einigen Wochen wurde Iwaschko zum Parlamentspräsidenten in Kiew gewählt und gab dafür sogar den Parteivorsitz auf - zugunsten des als konservativ und unflexibel eingestuften Gorenko.

Die Ukrainer sorgten für einen bezeichnenden Zwischenfall auf dem Moskauer Parteitag. Weil sich zuhause ein Streik der Bergarbeiter anbahnte und im ukrainischen Parlament eine Souveränitätserklärung auf der Tagesordnung steht (es wäre die 8. unter den 15 Sowjetrepubliken), forderten die ukrainischen Republikabgeordneten ihre Parteitags-Delegation auf, sofort nach Kiew zurückzukehren. Iwaschko folgte diesem Ruf nicht. Vielmehr gab er auch sein ukrainisches Präsidentenamt auf und kandidierte ohne Netz für die Stellvertreterposition als zweiter Mann hinter Gorbatschow. Mit anderen Worten: Hier ist jemand die Treppe raufgestiegen und hat auf jeder Stufe den Ballast seiner bisherigen Verantwortung abgeworfen. Mit leichtem Gepäck hat er jetzt seinen Spitzenplatz erklommen, seiner Basis entrückt und von ihr nicht mehr in die Pflicht zu nehmen. Ein bißchen spiegelt das die eigenartig abgehobene Sphäre, in der die Führung der KPdSU ihren Parteitag durchführt und ihre Personalentscheidungen trifft und nach der Jelzin gefragt hat.

Nicht verhindern konnte die sowjetische Führung, daß am 11. Juli ein 24stündiger Warnstreik der Bergarbeiter eine unangenehme Begleitmusik zu dem Kongreß im Kremi-Palast lieferte. Vergeblich hatte Gorbatschow in einem Gespräch mit Arbeitervvertretern davor gewarnt, sich auf der Schwelle zu "tiefen, fundamentalen Wandlungen" den "zu großen Luxus" zu leisten, die Gruben zu bestreiken. Die Streikkomitees erinnern nicht nur erbittert an die "Anordnung Nr. 68", mit denen ihnen im Sommer 1989 die Wiederaufnahme der Arbeit abgekauft wurde, deren Versprechungen aber bis heute nur zu einem bescheidenen Teil erfüllt wurden. Sie fordern auch kategorisch mehr Selbstbestimmung in den Kombinat und den Rückzug der Partei aus den Betrieben, aus Armee, KGB und Justiz. Das Signal aus dem fernen Houston, wo westliche Hilfe für die krisengeschüttelte Sowjetwirtschaft erst einmal auf die lange Bank geschoben wurde, bedeutet, daß die Versorgungsforderungen der Streikenden auch mittelfristig objektiv nicht zu erfüllen sind.

Der Parteitag hat den Rückzug der Partei aus den gesellschaftlichen Institutionen ausdrücklich abgelehnt und solche "Liquidationserscheinungen" sogar als Verletzung der Demokratie und der Gesetze gebrand-

markt. Konkrete Antworten auf die Fragen der Arbeiter, wie und bis wann denn nun Verbesserungen bei der Versorgung eintreten würden, hat es bisher nicht gegeben.

Welche Funktion der 28. Parteitag haben wird, ist noch nicht entschieden. Gorbatschow erzielte mit den Personalentscheidungen einen Etappensieg, an dem viele vorher in dieser Deutlichkeit gezweifelt haben. Er braucht aber darüber hinaus endlich Signale, daß die KPdSU verstanden hat, was er ihr am 10. Juli ins Stammbuch schrieb - daß ihr Erfolg nämlich davon abhängt, 'ob sie versteht, daß dies bereits eine andere Gesellschaft ist'. Viele Beiträge der Delegierten lassen eine solche Einsicht vermissen. Die Presseagentur 'Nowosti' erwähnte am 9. Juli eine Umfrage, nach der bei Wahlen in einer Mehrparteienlandschaft die KPdSU auf 15 bis 19 Prozent der Stimmen rechnen könnte; eine Rechnung, die in den tatsächlichen Wahlergebnissen osteuropäischer Reformkommunistischer Parteien Unterstützung findet. Solange die Alltagsprobleme des Landes von den Delegierten weiter so abstrakt und ergebnisarm wie bisher diskutiert werden, kann Gorbatschow über Etappensiege auf schwankendem Boden nicht hinauskommen.

(-/13.7.1990/st/ks)

DOKUMENTATION

Kooperativer Föderalismus im Bildungswesen als Zukunftsaufgabe - Chancen und Probleme (Teil III und Schluß)

Der Vorsitzende der Bundestags-Enquete-Kommission "Zukünftige Bildungspolitik - Bildung 2000", der SPD-Bundestagsabgeordnete Eckart Kuhlwein MdB, hat vor der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR die Aufgaben eines kooperativen Föderalismus im Bildungswesen dargelegt. Wir dokumentieren seinen Vortrag im Wortlaut.

- Die bis 1982 von Bund und Ländern geleistete Ausbildungsförderung auch für Schüler an weiterführenden Schulen ist nach kontroverser Diskussion im Bundestag von dieser Bundesregierung ausdrücklich den Ländern überlassen worden. Als Begründung wurde damals genannt, sie könnten solche Stipendien differenzierter regeln. Im Ergebnis hat die Verlagerung dazu geführt, daß die meisten Länder keine generelle einkommensabhängige Schülerförderung mehr vorsehen, sondern nur noch in besonderen Fällen Stipendien zahlen. Dies widerspricht dem Grundsatz der Chancengleichheit im Bildungswesen und behindert die auch gesamtwirtschaftlich wie gesellschaftspolitisch notwendige Fortsetzung der Bildungsexpansion, an der alle Gruppen in der Gesellschaft - einschließlich Arbeiterkinder und junge Frauen und Mädchen, aber auch Ausländerkinder - beteiligt werden müssen.
- Die Erwachsenenbildung ist vor allem Sache der Länder, gleichzeitig gibt der Bund erhebliche Mittel über die Bundesanstalt für Arbeit für die berufliche Weiterbildung und aus den Einzelhaushalten verschiedener Ressorts für die politische und die kulturelle Bildung. Koordinierungsprobleme entstehen besonders dort, wo allgemeine Bildung, politische Bildung und berufliche Bildung verzahnt beziehungsweise integriert werden sollen. Einrichtungen nach Bundesrecht und nach Landesrecht sind auch regional schwer an einen Tisch zu bekommen. Zertifikate werden von den öffentlichen und privaten Beschäftigten nicht generell bundesweit anerkannt.
- In der beruflichen Erstausbildung sind neue Ausbildungsordnungen vor allem für die Metall-, Elektro- und Chemieberufe eingeführt worden, die eine breite berufliche Grundbildung (Planen, Durchführen, Kontrollieren) und die Einführung der EDV-Technologie vorsehen. Die Teilzeitberufsschule als 'zweites Bein' des dualen Systems hängt in Ausstattung, Bestand und Fortbildung der Lehrer hinter dieser Entwicklung her. Abstimmungsprobleme vor Ort zwischen betrieblicher und schulischer Ausbildung sowie überbetrieblichen Ausbildungsstätten und Maßnahmen für besondere Gruppen ('Benachteiligtenprogramm') bleiben auf Dauer bestehen.
- Nach Landesrecht geregelte Berufe, in denen junge Frauen besonders stark vertreten sind, werden häufig auf dem Arbeitsmarkt schlecht bezahlt beziehungsweise sind von hoher Arbeitslosigkeit betroffen. Es besteht ein Widerspruch zwischen einem allgemeinen Bekenntnis zum dualen System der Berufsausbildung auf der einen und der Tatsache rein schulischer, zum Teil nach Landesrecht geregelter Ausbildungen zum Beispiel in den Sozial- und Krankenversorgungsberufen, auf der anderen Seite.

8.

Die Europäische Gemeinschaft ist nicht als Bildungsgemeinschaft konzipiert, sie muß jedoch im Interesse der Freizügigkeit der Arbeitnehmer immer mehr gemeinsame Regelungen, etwa über die Vergleichbarkeit von Abschlüssen, treffen. EG-Kommission und Europäischer Gerichtshof interpretieren das Recht auf Festlegung von Grundsätzen im Bereich der beruflichen Ausbildung eher extensiv. Die EG drängt auch über Austauschprogramme immer mehr in die einzelnen Bildungsbereiche - jedenfalls empfinden dies die in den Ländern Verantwortlichen so. Auch gibt es inzwischen bereits eine Richtlinie zur Anerkennung von Hochschuldiplomen, wobei die Hochschulen als Stätten der - wissenschaftlichen - Berufsausbildung angesehen werden. Die Länder halten sich bei gemeinsamen europäischen Regelungen eher zurück, sie hindern gleichzeitig den Bund an der Ergreifung eigener Initiativen, wodurch die Interessen der Bundesrepublik im Ministerrat vernachlässigt werden könnten.

9. Einige Schlußfolgerungen:

- 9.1 Eine Änderung des Grundgesetzes im Bereich der bildungspolitischen Kompetenzen hat wenig Aussicht auf Erfolg, auch wenn zusätzliche Kompetenzen wie die Rahmengesetzgebung für bestimmte Fragen im Schulbereich oder die Schaffung einer neuen "Gemeinschaftsaufgabe Weiterbildung" im Interesse der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse und der Freizügigkeit im Bundesgebiet und in Europa wünschenswert wäre.
- 9.2 Kooperativer Föderalismus zwischen den Ländern muß heißen: Gegenseitiger Respekt und grundsätzliche Anerkennung aller Abschlüsse. Föderalismus darf nicht die Durchsetzung der jeweils eigenen Bildungsideologie gegenüber anderen Ländern auf dem Umweg der Verweigerung der Anerkennung bedeuten. Rat und Hilfe beim Aufbau der Schul- und Ausbildungssysteme in den zukünftigen Ländern der DDR müssen koordiniert werden, damit die Entwicklung der Bildungsstrukturen nicht auseinanderläuft. Diese Gefahr wird die neu zu konstituierenden Länder der DDR in Ihrer Gesamtheit besonders treffen.
- 9.3 Kooperativer Föderalismus im Verhältnis zwischen Ländern und Bund muß heißen: Anerkennung der gesamtstaatlichen Verantwortung des Zentralstaats und Bereitschaft zu gemeinsamer Bildungsplanung und Forschungsförderung. Dies gilt auch für die künftige gemeinsame Förderung von zentralen Forschungsinstituten in der DDR.
- 9.4 Kooperativer Föderalismus im Verhältnis der staatlichen Organe zu den Bürgerinnen und Bürgern, den Lehrenden und Lernenden muß aber auch heißen: Mitwirkung und Mitbestimmung auf allen Entscheidungsebenen.
- 9.5 Wir müssen das Instrument der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung wiederbeleben und über die BL das Zusammenwachsen der beiden deutschen Staaten und die Vertretung deutscher Interessen in Europa fördern und koordinieren. Die vor einigen Wochen konstituierte gemeinsame Bildungskommission wäre mit dieser Daueraufgabe überfordert.
- 9.6 Wir brauchen bei der BL einen parlamentarischen Ausschuß aus Vertretern von Bundestag, Landtagen und Europäischem Parlament zur rechtzeitigen Beratung aller Regierungsvorhaben von überregionaler Bedeutung mit dem Recht, eigene Initiativen einzubringen. Dies kann auch dazu beitragen, daß die Mitwirkung der Fachausschüsse im Bundestag, im Bundesrat, in den Ländern und im Europäischen Parlament intensiviert wird.
- 9.7 Wir brauchen einen neuen, von Regierungen unabhängigen Bildungsrat, in dem Wissenschaftler und Praktiker gemeinsam die sich wandelnden Anforderungen an das gesamte Bildungssystem analysieren und Vorschläge unterbreiten, wie es besser zur aktiven Gestaltung der Gesellschaft beitragen kann.

(-/13.7.1990/st/ks)
